

tige Frage für unseren Arbeiter-und-Bauern-Staat ist. Mit Recht sprechen wir deshalb davon, daß sich diese Freundschaft zur Herzenssache der Bürger der DDR entwickelte.

Von historischer Bedeutung erwies sich beim Aufbau unserer neuen Ordnung die Hilfe der Sowjetunion. Diese Hilfe war allseitig. Sie verhinderte eine äußere Intervention der imperialistischen Kräfte und sicherte den friedlichen Aufbau unseres Staates. Sie gewährleistete zugleich die konsequente Durchführung des Potsdamer Abkommens und der anderen Beschlüsse, die zur Ausrottung der Wurzeln des deutschen Faschismus und Imperialismus völkerrechtlich festgelegt waren und die Entwicklung der demokratisch-sozialistischen Staatlichkeit förderten.

Objektive und subjektive Bedingungen als Entwicklungskriterien

Die Aufgaben auf dem Gebiet des Staates und des Rechts sind abhängig von den objektiven Bedingungen der gesellschaftlichen Entwicklung und von der internationalen Klassenkampfsituation. Diesen wichtigen Gesichtspunkt beachtete die Arbeiterklasse unter Führung ihrer Partei und im Bündnis mit den anderen Klassen und Schichten unseres werktätigen Volkes bei allen neuen Schritten. Jeder Weiterentwicklung ging deshalb stets eine gründliche Analyse der sozialökonomischen Verhältnisse und des Bewußtseinsstandes voraus.

Das war so, als die erste Verfassung im Jahre 1949 verabschiedet wurde. Das bewährte sich, als im Jahre 1952 auf der Grundlage der Beschlüsse der 2. Parteikonferenz der SED die Bezirke und Kreise gebildet wurden und damit die weitgehende Übereinstimmung der politisch-staatlichen Gliederung mit den wirtschaftlichen Schwerpunkten hergestellt und die stärkere Einbeziehung der Werktätigen in die staatliche Tätigkeit ermöglicht wurde.

Das erwies sich beispielsweise auch im Jahre 1957 als richtig, als auf der Grundlage der Beschlüsse der 3. Parteikonferenz u. a. die Rechte der Volksvertretungen erweitert und die Mitarbeit der Werktätigen in der Rechtspflege aktiviert wurden. Und das schlug sich auch nieder in den Verfassungsänderungen von 1968 und 1974, wo beispielsweise als Ausdruck des Sieges der sozialistischen Produktionsverhältnisse in Stadt und Land und des neu erreichten Entwicklungsstandes der sozialistischen Ökonomie eine jeweils bedeutende Weiterentwicklung der Grundrechte und Grundpflichten der Bürger festgelegt wurde.

Dieser Gleichklang zwischen der Staats- und Gesellschaftsentwicklung spiegelte sich analog auch in den gesetzlichen Grundlagen für ihre Tätigkeit und in der Arbeitsweise aller Organe unseres Staatsapparates und somit also auch der Justiz- und Sicherheitsorgane wider. Veränderte gesellschaftliche Bedingungen und fortentwickelte sozialistische Produktionsverhältnisse erforderten ebenso wie neue Klassenkampfsituationen, die z. B. durch die vielfachen — teils offenen, teils versteckten — Restaurationsversuche der imperialistischen Gegner gekennzeichnet waren, neue Formen der staatlichen Tätigkeit zum Schutz und zur Förderung der sozialistischen Ordnung und zur Gewährleistung der Rechte und Interessen der Bürger.

Gegenwärtige Aufgaben zur Stärkung des Staates¹

Das Programm der SED, angenommen auf dem IX. Parteitag, orientiert auf die weitere allseitige Stärkung unseres sozialistischen Staates als einer Form der Diktatur des Proletariats, die die Interessen des ganzen Volkes vertritt. Gegenwärtig ergeben sich daraus vorrangig folgende miteinander verbundene Aufgaben:

1. Die weitere Stärkung der Massenverbundenheit unseres Staates.

2. Die Erhöhung der Effektivität der ökonomischen Leitung durch den Staat.

3. Die Festigung der staatlichen Ordnung und Disziplin im gesellschaftlichen Leben, die den Schutz des gesellschaftlichen Eigentums und die richtige Verbindung der Rechte der Bürger mit ihren Pflichten vor Staat und Gesellschaft einschließt.

4. Die Gewährleistung des unbedingten Schutzes unserer sozialistischen Ordnung unter allen Bedingungen des Kampfes und die Unterbindung jeglicher Handlungsfreiheit für konterrevolutionäre Elemente.

5. Die Stärkung der Führungsrolle der marxistisch-leninistischen Arbeiterpartei in den staatlichen Organen.

Stärkung der Massenverbundenheit

Die Stärke des sozialistischen Staates liegt nach W. I. Lenin bekanntlich darin begründet, daß „... die Massen alles wissen, über alles urteilen können und alles bewußt tun“.² Ganz in diesem Sinne wies der Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Genosse Erich Honecker, auf der 10. Tagung des ZK auf die Wichtigkeit der weiteren Entwicklung der sozialistischen Demokratie hin. Er forderte, mit „Umsicht und Tatkraft zu Werke zu gehen, damit alle Schichten unseres Volkes, ohne Unterschied der Weltanschauung und Religion, ihren Beitrag zum weiteren Aufblühen ihres Vaterlandes leisten können“.³

Bei der Verwirklichung der Beschlüsse des VIII. und IX. Parteitag und auch in Vorbereitung und Durchführung der Wahlen zu den örtlichen Volksvertretungen am 20. Mai 1979 sind in der DDR wichtige Schritte zur weiteren Festigung der Verbindung von Staat und Bürger vollzogen worden. Mit den Wahlen wurden für 7 777 Volksvertretungen insgesamt 201 570 Abgeordnete und weitere 59 549 Nachfolgekandidaten gewählt. Jetzt sind diese im wahrsten Sinne des Wortes Parlamente des Volkes dabei, die Arbeit in ca. 80 000 Ausschüssen bzw. Kommissionen und Aktiva aufzunehmen und mindestens weitere 500 000 Bürger als sachkundige und berufene Werktätige an der schöpferischen Durchsetzung der Wirtschafts- und Sozialpolitik unseres Staates unmittelbar teilnehmen zu lassen.⁴ Tausende von Werktätigen wurden zu ehrenamtlichen Richtern gewählt.

Die Massenverbundenheit unseres Staates ist ein inzwischen bewährtes selbstverständliches Arbeitsprinzip geworden. Aber es darf auch auf diesem Gebiet weder Stillstand noch Routine zugelassen werden. Die Kommunalwahlen verdeutlichten erneut die Vielfalt der Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit den Bürgern. Im Kreis Oranienburg (Bezirk Potsdam) wurden beispielsweise von den örtlichen Staatsorganen gute Erfahrungen mit „Familiengesprächen“ gesammelt. Es bewährte sich dort, wo Abgeordnete und Staatsfunktionäre mit den Bürgern über sie interessierende Probleme diskutieren und viele Fragen an Ort und Stelle klären konnten, wo damit über Maßnahmen und Vorhaben der staatlichen Organe informiert wurde. Als effektiv erwiesen sich „Tage der politischen Massenarbeit“, die ergänzt und vorbereitet werden durch Funktionskonferenzen der Nationalen Front. Bei diesen differenzierten Methoden gelingt es auffallend gut, kommunalpolitische Probleme mit den Grundfragen unserer Innen- und Außenpolitik zu verbinden. So wird Verständnis und Unterstützung für die Lösung der Aufgaben in ihrer Gesamtheit erzielt.

Aber auch bei der Eingabebearbeitung gilt es immer wieder zu beachten, daß sich darin eine wesentliche Seite der Mitgestaltung der Werktätigen niederschlägt. Jeder Tendenz bürokratischen Herangehens, sie zeigt sich immer wieder in einzelnen Fachabteilungen der Räte, muß der entschiedene Kampf angesagt werden. Es kommt vielmehr darauf an, die Eingaben regelmäßig zu analysieren, die Probleme zu erkennen und prinzipielle Schlußfolgerungen